

# Pulsnitzer Anzeiger

## Dhorner Anzeiger

Haupt- und Tageszeitung für die Stadt und den Amtsgerichtsbezirk Pulsnitz und die Gemeinde Dhorn

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der gesetzlichen Sonn- und Feiertage. Der Bezugspreis beträgt bei Abholung wöchentlich 45 Pf., bei Lieferung frei Haus 50 Pf., Postbezug monatlich 2.80 RM. Im Falle höherer Gewalt oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Preise und Nachlässe bei Wiederholungen nach Preisliste Nr. 8 — Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Nummern und an



bestimmten Blättern keine Gewähr. Anzeigen sind an den Erscheinungstagen bis vorm. 10 Uhr aufzugeben. — Verlag: Mohr & Hoffmann. Druck: Karl Hoffmann u. Gebrüder Mohr. Hauptschriftleiter: Walter Mohr, Pulsnitz; Stellv.: Walter Hoffmann, Pulsnitz. Verantwortlich für den Schriftteil: Sport u. Anzeigen Walter Hoffmann, Pulsnitz; für Politik, Bilderdienst und den übrigen Teil Walter Mohr, Pulsnitz. D. V. X.: 2250. Geschäftsstellen: Albertstraße 2 und Adolfs-Hilfer-Straße 4. Fernruf 518 und 550

Der Pulsnitzer Anzeiger ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft zu Ramenz, des Stadtrates zu Pulsnitz und des Gemeinderates zu Dhorn behördlicherseits bestimmte Blatt und enthält Bekanntmachungen des Amtsgerichts Pulsnitz, sowie des Finanzamtes zu Ramenz

Nr. 266

Freitag, den 13. November 1936

88. Jahrgang

## Moskau verhaftet Deutsche

### Die deutsche Botschaft erhebt Vorstellungen

In der Nacht zum 5. 11 wurden in Moskau fünf Reichsdeutsche verhaftet. Bei den Verhafteten handelt es sich um einwandfreie Personen, die als Musiker, Buchhalter, Mechaniker, Fabrikleiter usw. ihrem Beruf nachgingen. Die Botschaft hat wegen dieser Vorfälle beim Außenkommissariat nachdrückliche Vorstellungen erhoben.

In die gleiche Zeit, in der die erwähnten Reichsdeutschen verhaftet wurden, fielen auch Verhaftungen sowjetischer Staatsangehöriger, die zur Botschaft oder zu Botschaftsmitgliedern Beziehungen unterhielten, bzw. zur reichsdeutschen Schule oder zur evangelischen Kirche gehörten.

Es wurden u. a. verhaftet: der letzte und einzige evangelische Geistliche in Moskau, Pastor Stred,

eine Lehrkraft der reichsdeutschen Schule, der Rechtsberater der deutschen Botschaft, der Hausarzt einiger Botschaftsmitglieder. In der evangelischen Kirche, die nicht nur von Deutschen, sondern auch von zahlreichen Evangelischen anderer Nationalität, vor allem Angehörigen vieler diplomatischer Missionen, besucht wird, mußte am letzten Sonntag der Gottesdienst bereits ausfallen. Alle diese Maßnahmen schaffen für die reichsdeutsche Kolonie und für die deutsche Botschaft eine Lage, über die sich jedes weitere Wort erübrigt.

Der Welt wird in Spanien ein praktischer Anschauungsunterricht über den Kampf der Moskowiter gegen die primitivsten Grundlagen der menschlichen Gesellschaft und Zivilisation erteilt. Dieser Kampf des Bolschewismus erfährt seinen neuen Ausdruck in der Verhaftung von fünf Reichsdeutschen in Moskau. Der Buchhalter Hermann Niedermeier, der Seigenbauer Waldemar Oberberg, der Automechaniker Alfred Erlinghäuser, der Fabrikleiter Georg Thimig und der Uhr-

macher Alfred Wocher sind mit dem bereits vor wenigen Tagen verhafteten Friseur Heinrich Höninghausen festgesetzt worden. Daneben sind der letzte Seelsorger der evangelischen Kirche in Moskau, eine Lehrkraft der reichsdeutschen Schule und der Rechtsberater der deutschen Botschaft in Haft genommen worden. Deutsche Menschen sind ins Gefängnis geworfen worden wegen angeblicher „Staatsfeindlicher Tätigkeit“, die im fremden Land friedlich ihrer Arbeit nachgingen. Sie konnten nur ihre berufliche Tätigkeit und kümmerten sich nicht um die innerpolitischen Verhältnisse der Sowjetunion. Während sie die anders gearteten Dinge ihres Gastlandes peinlich und gewissenhaft achteten, verletzten die Sowjets das Gastrecht, das selbst Verbrechern gegenüber in gewissem Umfange gewahrt wird. Aus der Handlungsweise der roten Machthaber spricht der Haß nicht nur gegen das Deutschland Adolfs Hitlers, sondern die Verneinung jeder Kultur und Zivilisation durch ein verbrecherisches Unternehmertum. Gerade die Verhaftung des evangelischen Geistlichen sollte auch einer uns mißgünstig gesinnten Welt die Augen über die Ziele der roten Weltgefahr öffnen! Es sollte keine Frage sein, auf welcher Seite die öffentliche Meinung der Welt steht. Wenn diese Weltmeinung noch immer die Augen verschlossen halten will, dann werden wir das Tun der Sowjets als das brandmarken, was es in Wirklichkeit ist: als organisiertes Verbrechertum. Wir werden uns dieses Gebahren nicht gefallen lassen, sondern Genugtuung verlangen. Deutsche Menschen sind nicht das Freiwild einer Clique, die sich durch ihr Verhalten außerhalb des Rechtes gestellt hat. Die Welt und auch — nein gerade — die Sowjets sollten wissen, daß das nationalsozialistische Deutschland sich nicht anpöbeln läßt. Wir werden die Freiheit und Ehre auch des letzten Deutschen auf einem Auslandsposten mit allen Mitteln zu wahren wissen.

schlagung mit worden, weil sie in wahrheitswidriger Weise über einen angeblichen Ueberfall auf einen Polen in der Ortschaft Lupushorst bei Reuteich unter Ueberchriften wie „Bestialisches Schlagen eines Polen durch Sturmleute in Danzig.“ — Den Schwerverwundeten an einen unbekanntem Ort gebracht“, und „Neue Ueberfälle auf einen Polen in Danzig“ berichtet hatten.

### Neuer Presseangriff gegen Danzig

Die Polemik in der polnischen Presse gegen Danzig will kein Ende nehmen. Jetzt soll plötzlich unter den polnischen Hausbesitzern in Danzig Unzufriedenheit herrschen, weil sie nicht gewillt sind, dem nationalsozialistischen Hausbesitzerverband anzugehören. Tatsache ist, daß es sich nicht um die Zugehörigkeit zu einem nationalsozialistischen Verband, sondern um den Zweckverband der Hausbesitzer der Freien Stadt Danzig handelt, der durch Verordnung als eine Körperschaft öffentlichen Rechts errichtet wurde und für den gemäß dieser Verordnung Zwangsmittelbesitz besteht.

Wenn die polnischen Hausbesitzer im Recht, so müßte man konsequenterweise zu der absurden Behauptung kommen, daß auch andere gesetzliche Bestimmungen, wie etwa das Strafgesetzbuch oder die zivile Gesetzgebung, auf einen Teil der Einwohnerschaft keine Anwendung finden dürfte. Daß eine solche Auffassung für einen Rechtsstaat undenkbar ist, bedarf wohl keiner besonderen Betonung. Sie müßte unübersehbare Folgen haben.

### Rumänien will keine Revision

Kundgebung der Regierung gegen die ungarischen Wünsche.

Die rumänische Regierung und die liberale Partei veranstalteten in Großwardein eine große antirevisionistische Kundgebung, bei der die Minister des Innern, der Arbeit, für Unterricht und für Justiz sowie der Parteiführer Konstantin Bratianu das Wort ergriffen.

Innenminister Zeculez verwies in seiner Rede zunächst auf die Ausführungen Mussolinis in Mailand für eine Revision zugunsten des großen Verstümmelten, Ungarn, und fuhr fort: In Wirklichkeit war Rumänien der große Verstümmelte, das in Stücke geschnitten und unter fremde Herrschaft gekommen war. Das unterdrückte Siebenbürgen wartete seit langen Jahren auf seine Befreiung. Dank der machtvollen Unterstützung der lateinischen Schwestern Frankreich und Italien ist die Stunde der Befreiung plötzlich gekommen.

Wir sind hierher gekommen um zu erklären, daß unsere Grenzen ewig sind und daß wir niemals einen Finger breit rumänischen Bodens aufgeben werden.

Parteiführer Bratianu erklärte in seiner Ansprache u. a., daß durch den Weltkrieg gesicherte Nationalitätenprinzip bleibt die Grundlage jedes sicheren Friedens. Die Rumänen würden ihr nationales Erbe zu verteidigen wissen und niemand erlauben über die Einheit ihrer Nation zu verhandeln.

### Der Feigheit bezichtigt

Abgabe der roten Milizen an die geflüchteten „Minister“. Im Madrider roten Sender nahm ein Anarchistenführer, der gleichzeitig ein rotes Milizbataillon befehligt, zu der Flucht der sogenannten „Regierung“ sowie des roten „Staatspräsidenten“ Azana nach Valencia bzw. Barcelona Stellung.

Er erklärte, daß keiner von den „führenden“ Männern, die aus Feigheit aus Madrid geflohen seien, je wiederkommen oder gar „maßgebende Stellungen im roten Spanien“ (!) einnehmen könne. Darauf sprach ein anderer roter Machthaber, der ebenfalls deutlich von der roten „Regierung“ abrückte und diese als Feiglinge bezeichnete.

## Kampfansage Dorjots an Moskau

Stalins rote Agenten sollen aus dem Lande gejagt werden

In der Schlußsitzung der Tagung der französischen Volkspartei in Paris wurde eine Kundgebung an das französische Volk verlesen, in der es u. a. heißt, daß die französischen Bürger Angst vor dem Bürgerkrieg und vor einem Einfall von außen her hätten. Man sehe Europa in zwei Lager geteilt und Frankreich in zwei Blöcke getrennt. Die französischen Bürger brauchten jedoch nichts zu befürchten.

Frankreich werde nicht überfallen werden, weil die hunderttausend Mitglieder der französischen Volkspartei die Agenten Stalins aus dem Lande jagen würden, die darauf abzielten, den Krieg für Sowjetrußland auf französischen Boden zu übertragen, und die von französischem Boden aus ihre Herausforderungen an Frankreich, Italien und Spanien richteten.

Die französische Volkspartei werde nicht erlauben, daß die Meinungsverschiedenheiten unter Franzosen den Charakter von Gewalttätigkeiten annähmen und der moralischen Einheit des Vaterlandes Schaden zufügten. Die französische Volkspartei höre alle Meinungsverschiedenheiten an. Sie wünsche jedoch nicht, daß die obersten Interessen der französischen Nation dadurch betroffen würden.

In seinem Schlußwort gab der Vorsitzende Dorjot den Parteimitgliedern Anweisungen für den Kampf, den sie nunmehr im ganzen Lande aufnehmen hätten. Die erste Aufgabe aller müsse darin bestehen, die ausländischen Agenten aus dem Lande zu verjagen und vor allem den Kommunismus zu bekämpfen. Aus dem Pariser Vorort St. Denis, der Hochburg der französischen Volkspartei, sei der Kommunismus bereits verjagt worden, und er werde sich nie wieder dort festsetzen können. Morgen müsse er aus ganz Frankreich verjagt werden.

### GPU.-Chef als Trozkist erschossen

Nach in Warschau vorliegenden Meldungen ist der polnische Kommunist Sosnowski, der einen höheren Posten in der GPU. bekleidete, wegen Beteiligung an einer Organisation der Trozkistischen Opposition erschossen worden.

### Protest der Danziger Regierung

Vorstellungen wegen der polnischen Pressehetze.

Im Auftrage der Danziger Regierung begab sich Staatsrat Dr. Böttcher zu der diplomatischen Vertretung der Republik Polen in Danzig, um Vorstellungen wegen gewisser Vorfälle zu erheben, die sich in letzter Zeit in Polen und in Danzig zugetragen haben.

Es wurde auf die scharfen und unbegründeten Angriffe der polnischen Presse anlässlich der Vorgänge in Schöneberg und Lupushorst hingewiesen, sowie auf die Ereignisse in Gdingen vom 8. dieses Monats und die Beschädigung und Verunreinigung von Emblemen und Hoheitszeichen der die Regierung tragenden Partei am 10. dieses Monats, die zweifellos mit der feindseligen und aggressiven Haltung des größten Teils der polnischen Presse in Zusammenhang stehen.

Die diplomatische Vertretung der Republik Polen wurde gebeten, ihren ganzen Einfluß dahin geltend zu machen, daß solche unliebsamen Vorfälle, die die Danzig-polnischen Verhältnisse schwer belasten müßten, in Zukunft unterblieben.

Die polnischen Zeitungen „Ilustrowany Kurjer Codzienny“ und „Gazeta Polska“ vom 11. November 1936 sind auf Anordnung des Danziger Polizeipräsidenten be-

